

Argument der Woche

06.04.2009

Zur Enteignung der Hypo Real Estate

Am Freitag (03.04.2009) verabschiedete der Bundesrat das so genannte Rettungsübernahmegesetz und machte damit den Weg frei für die Enteignung der wertlosen Immobilienbank Hypo Real Estate (HRE).

Das Rettungsübernahmegesetz sieht vor, dass die HRE komplett vom Staat übernommen werden kann. Allerdings soll eine „Enteignung“ von Aktionären nur das allerletzte Mittel sein. Das Gesetz ist bis Ende Juni zeitlich befristet, so dass es nur im Falle der HRE zur Anwendung kommen soll.

Die HRE ist nur eines von zahlreichen Kreditinstituten allein in Deutschland, die am Rande der Pleite stehen. Ihr Marktwert liegt bei einem Aktienkurs von 1,14 Euro noch bei 250 Millionen Euro – das sind fünf Prozent ihres Wertes von vor einem Jahr. Der deutsche Staat bürgt also mit dem 400fachen des tatsächlichen Unternehmenswertes, nämlich mit über 100 Milliarden Euro für die HRE.

Damit werden der Allgemeinheit gigantische Schulden aufgebürdet. Die Bundesregierung feilscht mit ALG-II-Empfängern und Rentnern um jeden Cent mehr. Den maroden Banken aber wirft sie weitere Milliarden an Kapitalhilfen und Garantien hinterher. Dabei steht jeder einzelne Bundesbürger schon jetzt mit etwa 1.200 Euro allein für die Verluste der HRE gerade.

Das Problem ist nicht das staatliche Eigentum der HRE, sondern die Bedingungen. Das Rettungsübernahmegesetz begrenzt den staatlichen Einfluss auf die HRE, bis das Unternehmen „nachhaltig stabilisiert“ ist, dann soll es wieder privatisiert werden und

kann so weitermachen wie zuvor. Das heißt, die HRE wird auf Kosten der Steuerzahler saniert, während die Profite wieder privat eingestrichen werden. Von einer Rückzahlung der gewaltigen Auslagen an Steuermitteln für ihre Rettung findet sich in dem Gesetz kein Wort.

Damit werden die Kosten der Krise auf diejenigen abgewälzt, die schon vom Aufschwung nichts hatten: die Arbeitnehmer, die Rentner, die Arbeitslosen. Dabei wäre die Alternative so einfach: Alle privaten Banken – nicht nur die Pleitebanken – müssen in staatliches Eigentum überführt, ihre Geschäftspolitik grundsätzlich verändert und demokratisch gesteuert werden. Dies ist nicht nur die mit Abstand günstigste Lösung aus Sicht der Steuerzahler. Es ist auch die Voraussetzung dafür, dass die Kreditvergabe der Banken wieder in Gang kommt und die Banken sich künftig auf die Finanzierung sinnvoller Projekte konzentrieren, statt sich auf der Suche nach Maximalprofiten auf den internationalen Finanzmärkten zu verzooken.

